

Eine Analyse der Wirtschafts- u. Sozialpolitik der AfD

Soziale Rhetorik, marktliberale Praxis?

von Dominik Kronberger, Karl Beyer (Mag.) und Dr. Stephan Pühringer | [A&W blog](#) [3]

Viele PolitikerInnen bekunden regelmäßig ihr Eintreten für die Anliegen der „kleinen Leute“ und der „Mittelschicht“. Dieses Vorgehen zur Stimmenmaximierung ist zwar weit verbreitet, wird aber insbesondere von rechtspopulistischen Parteien exzessiv betrieben. Hierbei bleibt letztlich oft im Dunkeln, welche konkreten sozioökonomischen Politiken jenseits der politischen Rhetorik in der politischen Praxis eigentlich tatsächlich verfolgt werden.

Inwieweit gibt es eine Diskrepanz zwischen politischer Rhetorik einerseits und realpolitischer Praxis andererseits? Dieser Frage sind wir in unserer [Studie](#) [4] am Beispiel der Wirtschafts- und Sozialpolitik der 'Alternative für Deutschland' (AfD) nachgegangen.

► Die sozioökonomischen Narrative der AfD: neoliberal o. interventionistisch-sozial?

Unsere [Studie](#) [4] nimmt konkret in den Blick, welche grundlegenden sozioökonomischen Narrative und damit korrespondierenden wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen die politische Agenda und parlamentarische Praxis der deutschen AfD prägen. Diese Narrative und Vorstellungen finden wiederum ihren Ausdruck in den programmatischen Positionierungen der Partei als auch in den diskursiven Äußerungen und der politischen Praxis der AfD-MandatarInnen.

Fokus der [Studie](#) [4] war es in weiterer Folge zu untersuchen, in welchen Bereichen die Narrative und Vorstellungen der AfD ordoliberalen und neoliberalen Vorstellungen entsprechen und in welchen Fällen Argumente einer interventionistisch-sozialen Sichtweise zugeordnet werden können. Unter interventionistisch-sozial fassen wir neben antizyklischer Konjunkturpolitik auch die Bereitstellung von sozialen Sicherungssystemen, öffentlichen Gütern sowie diverse Umverteilungsmechanismen in Form von progressiven Steuern, Transferleistungen oder der Festlegung von Höchst- und Mindestpreisen.

Zu diesem Zweck wurde eine computerunterstützte kritische Diskursanalyse von programmatischen Positionierungen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik vorgenommen.

- Hierfür haben wir in einem ersten Schritt alle programmatischen Dokumente der AfD-Bundespartei seit 2013 untersucht (u. a. Bundestagswahlprogramme, Parteiprogramme).
- Zweitens wurden sämtliche Anträge, Gesetzesentwürfe und Debattenbeiträge im Deutschen Bundestag mit Bezug zur Sozial- und Wirtschaftspolitik (konkret zu den Fachausschüssen Haushalt, Finanzen, Wirtschaft und Energie sowie Arbeit und Soziales) für die Zeitperiode 2017 bis 2020 analysiert.
- Und zuletzt wurde für diesen Zeitraum auch das sozialpolitische Abstimmungsverhalten der AfD-Fraktion evaluiert.

► Wirtschaftspolitik gemäß marktwirtschaftlicher und wettbewerblicher Prinzipien

Die Wirtschaftspolitik der AfD steht uneingeschränkt auf dem Boden marktwirtschaftlicher Regeln und Prinzipien. Ganz dem [neoliberalen Narrativ](#) [[-> NEOLIBERALISMUS WIKI](#) [5]; H.S.] folgend sollen den Marktmechanismen möglichst große Freiheiten eingeräumt werden. Staat und Politik fallen in einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung nur relativ eng definierte Kernaufgaben zu:

- Erstens haben sie nach innen wettbewerbliche Rahmenbedingungen zu implementieren und nach außen die nationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts zu unterstützen. Diese Aufgabe schließt staatliche Eingriffe in den Marktprozess (etwa durch Subventionen, Vorschriften und Verbote, bestimmte Steuern etc.) dezidiert aus, da solche „planwirtschaftlichen Methoden“ den Wettbewerb konterkarieren und die nationale Wettbewerbsfähigkeit gefährden würden.
- Zweitens habe die Politik umfassende Maßnahmen zur Deregulierung und zum Abbau von Bürokratie zu verfolgen, um so die unternehmerischen Freiheiten zu stärken.
- Drittens bedarf es einer umfangreichen Steuerentlastung für die Bevölkerung und Unternehmen, was auch die wirtschaftliche Aktivität und Wachstum ankurbeln würde.
- Zugleich gelte es viertens, die staatlichen Ausgaben zur Konsolidierung des Staatshaushalts zu reduzieren. Akzeptabel sind staatliche Ausgaben hingegen in Form öffentlicher Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung oder in die Ausbildung von Fachkräften, da es sich hier um zukunftsgerichtete Investitionen handle, welche für den Erhalt des gesellschaftlichen Wohlstands unabdingbar sind.

▫ Einzig im wirtschaftlichen Krisenfall, [den wir ja nicht erst seit Corona und dem Ukrainekrieg erleben; H.S.], weicht die AfD von ihren neoliberalen wirtschaftspolitischen Prinzipien ab und akzeptiert auch interventionistische Wirtschaftspolitik. In einem solchen Szenario habe der Staat durch antizyklische Konjunkturpolitik entgegenzuwirken, wobei ausnahmsweise auch die Aufnahme von Schulden durch den Staat (Deficit-Spending) denkbar und legitim sei.

Im internationalen Kontext hingegen haben diese wirtschaftspolitischen Prinzipien so lange ihre Gültigkeit, solange der heimische Markt nicht Gefahr läuft, von ausländischen Unternehmen oder Produkten dominiert zu werden und somit die eigene Marktführungsrolle in Bedrängnis gerät.

Ist Letzteres der Fall, so werden globale ausländische Konzerne als auch die Europäische Union an sich als Problem adressiert, vor dem die eigene Wirtschaft gegebenenfalls durch protektionistische Maßnahmen geschützt werden muss. Aus nationalistischem Kalkül werden wettbewerbliche Prinzipien nun einem intervenierenden Protektionismus, welcher gegen ausländische bzw. globale Einflüsse gerichtet ist, untergeordnet.

► Sozialstaat und Sozialpolitik

In ihrer Selbstdarstellung zeichnet sich die AfD als Partei mit sozialem Charakter, welche für **die kleinen Leute** und für die „**Arbeiterklasse**“ einstehe. Ein Blick auf die Positionen, die Aussagen und das Abstimmungsverhalten zu den Bereichen Sozialstaat und Sozialpolitik ist hier aufschlussreich. Vonseiten der AfD wird rhetorisch die Bedeutung des Sozialstaates immer wieder betont und von dessen Stärkung gesprochen.

Die Realpolitik im Parlament hingegen zeichnet ein anderes Bild. Im Abstimmungsverhalten der AfD wird deutlich, dass für diese ein Ausbau oder zumindest weitgehender Erhalt des Sozialstaates kaum ein Anliegen darstellt und stattdessen vielmehr das Zurückdrängen dessen Praxis ist.

Sozialpolitik sei weniger über soziale Transferleistungen zu bewerkstelligen, sondern vielmehr über andere Wege anzustreben. Im Zentrum steht hierbei die Steuerpolitik. So sind aus Sicht der Partei gezielte Steuersenkungen die beste und wirkungsvollste Form der Sozialpolitik.

Erstens können so die verfügbaren Einkommen der Haushalte gesteigert werden, ihnen würde mehr Netto vom Brutto bleiben. Hier spricht sich die AfD vor allem für die Abschaffung der kalten Progression als auch des – vor allem von hohen Einkommen eingehobenen – [Solidaritätszuschlags](#) [6] aus, wobei fraglich ist, inwiefern dies auch niedrigen Einkommen zugutekäme.

Zweitens sollen die Preise durch die Reduktion oder Abschaffung unterschiedlicher Steuern gesenkt werden, um so die reale Kaufkraft der BürgerInnen zu steigern. Vor allem Einkommensschwache und Familien mit Kindern würden von diesen „**sozial gerechten**“ Maßnahmen profitieren. Eine entsprechende Wirkung könne etwa über die Anwendung des reduzierten Umsatzsteuersatzes auf Güter und Dienstleistungen des Kinderbedarfs oder über die Reduktion der Stromsteuer erreicht werden. Auch in der Abschaffung der Grunderwerbssteuer wird eine sozialpolitische Maßnahme gesehen, als diese den Erwerb von Wohnungseigentum erleichtere.

Faktisch jedoch kommen pauschale Steuersenkungen ohne entsprechende Umverteilungsmechanismen selten niedrigen bis mittleren Einkommen zugute, wohingegen Großunternehmen und eben jene, die sich bereits über ein hohes Auskommen freuen dürfen, meist profitieren. Darüber hinaus bedeutet die durch Steuersenkungen herbeigeführte „Verschlankung“ des Sozialstaates, dass soziale Leistungen über kurz oder lang reduziert werden.

► Trickle down?

In Zuge dessen wird häufig der zentrale Wert individueller ökonomischer Freiheit herausgestrichen. Insgesamt sollen harte Arbeit und der „[Trickle-Down-Effekt](#) [7]“ – dieser besagt, dass eine wohlhabende Gesellschaftsschicht durch Konsum und Investitionen auch der Mittel- und Unterschicht zugutekommt – zu einem höheren Wohlstandsniveau für alle führen.

Im Weiteren ist die Sozialpolitik und im Speziellen die Familienpolitik der AfD – ähnlich wie [unter Türkis-Blau](#) [8] in Österreich – stark nativistisch bzw. sozialchauvinistisch geprägt, womit eine klare Grenze in Form von Bevorzugungen bzw. Benachteiligungen zwischen „Deutschen“ und MigrantInnen gezogen wird. Es werden bspw. Sozialleistungen und Kindergelderhöhungen aufgrund der angeblich hohen Anzahl an BezieherInnen mit Migrationshintergrund als problematisch angesehen.

Auch der [soziale Wohnbau ist aus Sicht](#) [9] der Partei in Deutschland gescheitert und sollte auch nicht wiederbelebt werden. Im Gegenteil: Der Staat soll hier sein Wohneigentum zum Selbstkostenpreis an MieterInnen abtreten, um so den gestiegenen Preisen auf dem Immobilienmarkt entgegenzuwirken.

► Streitpunkt Pensionsvorsorge

Altersarmut ist auch in Deutschland sowohl gesellschaftliches Problem als auch brisantes politisches Thema, das im Vorfeld zur Bundestagswahl 2017 innerparteilich kontroversiell diskutiert wurde, worauf sich zwei diametrale Standpunkte

herauskristallisierten. Jener von [dem ehemaligen] Parteivorsitzendem [Jörg Meuthen](#) [10] spiegelt die neoliberale Privatisierungsdenkweise wider, die die Auflösung der beitragsfinanzierten Altersvorsorge mit einer aus Steuermitteln finanzierten Minimalrente vorsieht, welche jegliche weitere Altersvorsorge dem privaten Sektor überlässt.

Das Konzept des Thüringer Landtagsabgeordneten [Björn Höcke](#) [11], welcher auch die Führungsrolle des parteiinternen rechten Flügels innehat, hingegen fokussiert auf eine teilweise Stärkung der staatlichen Rente, exklusiv für StaatsbürgerInnen ab 35 Beitragsjahren. Zugleich werden jedoch restriktivere Kriterien für Menschen mit Migrationshintergrund gefordert. Hier haben sich sozialstaatliche Forderungen aus einem rechten Spektrum entwickelt.

Eine Erhöhung des Pensionsanspruchs – welcher im [Vergleich zu Österreich](#) [12] deutlich [niedriger](#) [13] ausfällt – oder die Einbindung der Selbstständigen in die allgemeine Pensionsvorsorge werden von der AfD kritisch gesehen. Die Lösung versprechen wiederum Abgabenreduzierungen in Form von – Besserverdienende bevorzugenden – Freibeträgen und weiteren steuerlichen Förderungen. Zwar wird an der staatlichen Altersvorsorge festgehalten, jedoch wird immer wieder auf die Eigenverantwortung zur Vorsorge verwiesen, in Zuge dessen der Rahmen für freiwillige Zusatzzahlungen in das staatliche Pensionssystem erweitert werden soll.

► **Arbeitsmarkt – Leistung, Eigenverantwortung und Nativismus**

Auch in der Arbeitslosenversicherung wünscht sich die AfD eine einschneidende [Reformierung](#)“, die faktisch zu einer weiteren [Entsolidarisierung und Spaltung](#) führt. Denn es sollen versicherungsfremde Leistungen ausgegliedert werden, und damit soll eine strikte Beschränkung auf Beitragsein- und -auszahlungen erfolgen. Langzeitarbeitslose oder jene, die nur unregelmäßig bzw. geringe Beiträge geleistet haben, würden somit keine finanziellen Hilfeleistungen durch das deutsche Arbeitsamt erhalten, sondern müssten andernorts eine Form der Sozialhilfe beantragen. Wer ausreichend Beiträge eingezahlt hat, würde einen vergleichsweise einfacheren und besseren Zugang zu den Leistungen erfahren.

Was besonders auffällt, ist, dass vonseiten der AfD die politische Diskussion um den Arbeitsmarkt „nativistisch“ gerahmt wird, d. h. „[Einheimische](#)“ und „[Fremde](#)“ werden [einander gegenübergestellt](#). So soll nur den benötigten und qualifizierten Fachkräften, die einer existenzsichernden Tätigkeit nachgehen, Zugang zum deutschen Sozialversicherungssystem gewährt werden.

Außerdem führt laut AfD die [„unkontrollierte Migration“](#) zu einer verschärften Konkurrenz auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Dabei wird auch die EU-weite ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit kritisiert. Die Notwendigkeit des Zuzugs von Arbeitskräften aus dem Ausland für viele Branchen wird zwar allgemein anerkannt, gleichzeitig jedoch werden von der Partei diese Menschen oftmals als [SozialschmarotzerInnen](#) und als [Sündenböcke](#) für heimische Probleme dargestellt.

► **Ablehnung des Mindestlohns**

Jegliche Form der Förderung von Arbeitsplätzen wird als [„Symptombekämpfung“](#) gewertet, welche keine nachhaltigen positiven Effekte erbringt. Das gilt laut AfD auch für den in Deutschland gesetzlich festgelegten Mindestlohn, welcher aufgrund der geringen Tarifbindung – in Österreich durch Kollektivverträge geregelt – durchaus notwendig ist. Stattdessen wird argumentiert, dass dergleichen nur aufgrund von falschen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen erforderlich sei.

Würde der Markt weitgehend ungehindert seine Kräfte entfalten können [Deregulierung, Privatisierung, protektionistische Maßnahmen, Marktradikalismus, Selbstoptimierung, etc.; H.S.], wären intervenierende lohnpolitische Maßnahmen laut AfD nicht notwendig. Zwar werden als kurzfristige Lösung Mindestlohn(-erhöhungen) und kleinere Eingriffe von staatlicher Seite als legitim angesehen, sind jedoch laut eigener Ansicht keine Möglichkeit, die grundlegende Problematik zu beheben. Diese sei, wie so oft, nur im (markt-)wirtschaftlichen Spektrum zu finden.

► **Soziale Politik? Leere Wahlkampfrhetorik!**

Seit ihrer Gründung verläuft die politische Argumentation der AfD im Deutschen Bundestag weitestgehend entlang marktliberaler bzw. marktradikaler Grundsätze. In manchen Bereichen hingegen werden diese zugunsten von nativistischen oder nationalistischen Perspektiven an zweite Stelle gerückt. Jedoch wird stets versucht, die eigene Position rhetorisch so zu transportieren, dass diese zum Wohle der „eigenen“ Bevölkerung gefordert wird.

Die Marktwirtschaft wird hierbei rhetorisch mit Attributen wie „natürlich“, „nachhaltig“ und „solide“ versehen, wohingegen die AfD interventionistisch-soziale Maßnahmen als „künstlich“, „unnatürlich“, „verzerrend“, „manipulierend“ und „rein ideologisch“ ansieht. Daher tritt die Partei – mit Ausnahme von besonderen Krisensituationen – gegen staatliche Interventionen, einen Ausbau von Transferleistungen und sozioökonomische Umverteilung ein.

In der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik wird weniger auf Maßnahmen gesetzt, die direkt auf ArbeitnehmerInnen oder Haushalte wirken, sondern auf den nationalen wirtschaftlichen Erfolg und einen damit – vermeintlich – verbundenen „Trickle-down-Effekt“.

Rhetorisch betont die AfD oft Notsituationen von (einheimischen) unteren Einkommensschichten. Armut und Armutsgefährdung sieht die Partei durchgängig jedoch als Folge fehlgeleiteter Wirtschaftspolitik an. Sozialleistungen zu erhöhen ist in den Augen der Partei folglich der falsche Weg. Somit steht die AfD letztlich einem solidarisch agierenden, umverteilenden Sozialstaat entgegen. Soziale Politik für die „kleinen Leute“ bleibt also weitgehend leere Wahlkampfrhetorik.

▫ **Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis:** Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD. OBS-Arbeitspapier 52 - Erscheinungsdatum 2. Dezember 2021. Herausgeber: Otto Brenner Stiftung. >> zur [Studie \[4\]](#).

Dominik Kronberger, Karl M. Beyer (Mag.) und Dr. Stephan Pühringer

Dominik Kronberger ist Masterstudent im Studiengang Sozialwirtschaft, studentischer Projektmitarbeiter am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft an der Johannes Kepler-Universität Linz und war auch als Praktikant in der Arbeiterkammer Oberösterreich (OÖ) tätig. E-Mail: dominik.kronberger(at)jku.at

Karl M. Beyer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (www.icae.at) der Johannes Kepler Universität Linz und beschäftigt sich im Zuge seiner Forschungstätigkeit mit dem globalen Schattenbankensystem und seinen Verbindungslinien zum Offshore-System. E-Mail: karl.beyer(at)jku.at

Dr. Stephan Pühringer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft an der Johannes Kepler Universität Linz. E-Mail: stephan.puehringer(at)jku.at

[5] **NEOLIBERALISMUS WIKI:** Warum sollte sich jeder über das Thema Neoliberalismus informieren, welches die allermeisten noch nie wahrgenommen haben und selbst diejenigen, die diesen Begriff schon mal realisierten, sich dessen Problematik nicht bewußt sind? Weil Neoliberalismus bzw. dessen Auswirkungen alle betrifft - angefangen vom Kind bis hin zum Rentner und zwar klar negativ - es ließe sich sogar zurecht sagen: in Gesellschafts-zerstörender Weise.

Neoliberalismus ist **DAS** Problem unserer Zeit!

Nach der Lektüre des NEOLIBERALISMUS-WIKI wird der geneigte Leser diese Sichtweise hoffentlich nachvollziehen können. Wer wissen möchte, warum so vieles in Sachen Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland und den EU-Ländern (wie auch den USA) schief läuft und wer sich fragt, worin die Ursachen liegen, der dürfte hier fündig werden. Diese Analyse dürfte für Kapitalisten wie auch Kapitalismus-Kritiker gleichermaßen erhellend sein. Sie ist eine Einführung und Einstieg für diejenigen, die mit dem Begriff "Neoliberalismus" wenig bis nichts anfangen können.

Neoliberalismus - die Wurzel allen Übels?

Wenn schon nicht der Kapitalismus - ist dann der Neoliberalismus die Wurzel allen Übels? Nein! Ganz abgesehen davon, dass nichts die Wurzel allen Übels ist, aus den gleichen Gründen, wie beim Kapitalismus: alle Aspekte, welcher der Neoliberalismus besonders negativ ausprägt, gab es früher schon: Macht-, Geld- und Hab-Gier, Verantwortungslosigkeit, Egoismus und Ausbeutung. Also weder „Wurzel“ noch „allen Übels“ - aber viele Übel treibt erst der Neoliberalismus zum vollen Exzess - und zwar **systemisch**.

Mehrere -eben multiple- Ursachen führen zu den aktuellen, immer schlimmer werdenden Verwerfungen. Dass es jenseits des Neoliberalismus, der ja "nur" eine Ideologie ist, noch größere und wirkmächtigere Strukturen gibt, thematisiert Fabian Scheidler mit seinem Buch "Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation". Erschienen im PROMEDIA VERLAG WIEN, März 2015, ISBN 978-3-85371-384-6, br., 272 Seiten, bebildert, 19,90 Euro. Auch als eBook erhältlich. (T.H. aka LOGOS).

>> <https://neoliberalismus.fandom.com/de/wiki/Neoliberalismus> [5] <<



«Der Neoliberalismus ist nicht zuletzt deshalb so schwer zu erfassen, weil die prominente Rolle von Einzelintellektuellen zugunsten eines modernen Kollektivs pluralistisch-gleichgesinnter zurückgedrängt wurde. War der Keynesianismus noch mit dem Namen eines großen Ökonomen verbunden, so erscheint der organisierte Rechtsliberalismus als intellektueller Fürst (intellektuelle Partei) höherer Ordnung.» (-Antonio Gramsci, 1991)

► **Quelle:** A&W blog / Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«: 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1 >> www.arbeit-wirtschaft.at [14] >> [A&W blog](#) [15] >> [Artikel](#) [16] vom 27. April 2022. Der Artikel ist lizenziert unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International ([CC BY-SA 4.0](#) [17]).

ACHTUNG: Die Bilder, Grafiken und Illustrationen sind nicht Bestandteil der Originalveröffentlichung und wurden von KN-ADMIN Helmut Schnug eingefügt. Für sie gelten ggf. folgende Kriterien oder Lizenzen, s.u.. Grünfärbung von Zitaten im Artikel und einige zusätzliche Verlinkungen wurden ebenfalls von H.S. als Anreicherung gesetzt.

► Bild- und Grafikquellen:

1. Die AfD ist KEINE Alternative für Deutschland. Die Textgrafik besteht nur aus einfachen geometrischen Formen und Text. Sie erreichen keine Schöpfungshöhe, die für urheberrechtlichen Schutz nötig ist, und sind daher gemeinfrei.

2. Butterwege-Zitat:

»Die neoliberale Deregulierung des Arbeitsmarktes, die Flexibilisierung und Prekarisierung eines Großteils der Beschäftigungsverhältnisse münden meistens Jahrzehnte später in Altersarmut von Millionen Menschen. Ein Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Alterssicherungssystem, welches nicht verhindert, dass Menschen nach langjähriger Vollerwerbstätigkeit einen Ruhestand in Armut erleben, verliert nicht bloß an Zustimmung in der Bevölkerung, sondern auch seine Daseinsberechtigung.« (Prof. Dr. Christoph Butterwege)

Foto ohne Textinlet: © Butterwege. **Bild-Text-Grafik** erstellt durch Wilfried Kahrs (WiKa) nach einer Idee von KN-ADMIN Helmut Schnug.

3. Das ist der neue AfD- Gruß. Im Gegensatz zum Führer-Gruß hängt die rechte Hand nicht faul in der Luft, sondern bedeckt das rechte Auge. Diese Rechtsblindheit wird durch das verzückt zum Paradies des Wirtschafts-Wachstums emporblickende linke Auge kompensiert. **Foto:** © René Wolf.

4. AfD-Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag: 26 Anträge mit unmittelbarem Sozialstaatsbezug 2018-2020: Im Abstimmungsverhalten der AfD wird deutlich, dass für diese ein Ausbau oder zumindest weitgehender Erhalt des Sozialstaates kaum ein Anliegen darstellt und stattdessen vielmehr das Zurückdrängen dessen Praxis ist. **Grafik:** © A&W Blog. Die Grafik ist Bestandteil des Originalartikels.

5. Der Begriff Trickle-down-Theorie oder **-Effekt** (englisch trickle ‚sickern‘; auch Horse and Sparrow Economics ‚Pferd- und-Spatz-Ökonomie‘, im deutschen Sprachraum Pferdeäpfel-Theorie) bezeichnet die These, dass Wirtschaftswachstum und allgemeiner Wohlstand der Reichen nach und nach durch deren Konsum und Investitionen in die unteren Schichten der Gesellschaft durchsickern würden ([Trickle-down-Effekt](#) [7]). Sie wurde von [David Stockman](#) [18] als synonyme Bezeichnung für angebotsorientierte Wirtschaftspolitik eingeführt. **Grafik:** im Web sehr verbreitet, Urheber nicht eind. ermittelbar.

6. Havana-Katze (Havana Brown). Braune Fellfarbe: **JA**. braune Gesinnung: **NEIN**. So weit geht meine Liebe zu braun dann auch wieder nicht. **Bildidee:** Helmut Schnug. **Bildbearbeitung:** Wilfried Kahrs (WiKa).

Die Havana ist eine vom Menschen erzüchtete Katzenrasse. Sie gehört zu den Orientalisch-Kurzhaar-Katzen und wird bei den europäischen Katzenvereinen üblicherweise auch in dieser Kategorie geführt. Die Havana ist eine charmante, spielfreudige Katze mit einer weichen Stimme. Sie benutzen oft ihre Pfoten, um die Vorübergehenden auf sich aufmerksam zu machen oder um interessante Dinge zu untersuchen.

7. Langzeitarbeitsloser: Ende eines Siechtums - der Tod. Deutlich mehr als eine Million Erwachsene beziehen schon länger als neun Jahre Hartz IV. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen hervor. Jeder vierte Hartz-IV-Empfänger ist demnach dauerhaft, vermutlich für den Rest seines Lebens, auf Sozialleistungen angewiesen. Hinter diesen Zahlen verbergen sich millionenfaches, sinnloses Leid und Frustration, sowohl von Kindern und Jugendlichen und ihren Eltern und Familien, als auch von zahllosen Rentnern und Arbeitslosen. Die grassierende Armut zerstört die Zukunftsperspektive ganzer Generationen.

Langzeitarbeitslose oder jene, die nur unregelmäßig bzw. geringe Beiträge geleistet haben, sollten nach den menschenverachtenden, perversen Vorstellungen der AfD keine finanziellen Hilfeleistungen durch das deutsche Arbeitsamt erhalten, sondern müssten andernorts eine Form der Sozialhilfe beantragen. **Foto:** Harry Hautumm. **Quelle:** [Pixelio.de](#) [19].

8. "RACISM IS TAUGHT . . . BREAK THE CIRCLE!" RASSISMUS WIRD VERMITTELT . . . DURCHBRECHEN SIE DEN KREIS! **Foto:** Jamie Skinner / jamieskinner00. **Quelle:** [Flickr](#) [20]. Verbreitung mit CC-Lizenz Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 2.0 Generic ([CC BY-NC-SA 2.0](#) [21]).

9. GEGEN die ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND. Liberté Égalité FckAfDè. Die Textgrafik besteht nur aus einfachen geometrischen Formen und Text. Sie erreichen keine Schöpfungshöhe, die für urheberrechtlichen Schutz nötig ist, und sind daher gemeinfrei.

10. Neoliberalismus - perverse Ideologie. **Grafik:** Wilfried Kahrs.

Anhang	Größe
Otto Brenner Stiftung: Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis - Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD - Dez 2021 [4]	1.82 MB
Otto Brenner Stiftung - Hans-Jürgen Urban: ABC zum Neoliberalismus. Von Agenda 2010 bis Zumutbarkeit - 23 Seiten, 2006 [22]	131.43 KB
Bernhard Walpen: Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society. [23]	4.69 MB
Bernhard Walpen: Neoliberale Wahrheitspolitik - Neo- bzw. Rechtsliberale Intellektuellen- und Think-Tank-	320.4

Quell-URL:<https://kritisches-netzwerk.de/forum/eine-analyse-der-wirtschafts-und-sozialpolitik-der-afd>

Links

[1] <https://kritisches-netzwerk.de/user/login?destination=comment/reply/9772%23comment-form> [2] <https://kritisches-netzwerk.de/forum/eine-analyse-der-wirtschafts-und-sozialpolitik-der-afd> [3] <https://awblog.at/> [4] https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/otto_brenner_stiftung_-_soziale_rhetorik_neoliberale_praxis_-_eine_analyse_der_wirtschafts-_und_sozialpolitik_der_afd_-_dez_2021.pdf [5] <https://neoliberalismus.fandom.com/de/wiki/Neoliberalismus> [6] <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-warum-die-soli-abschaffung-ein-fehler-ist-18796.htm> [7] <https://de.wikipedia.org/wiki/Trickle-down-Theorie> [8] <https://awblog.at/tuerkis-blaue-arbeitsmarkt-und-sozialpolitik-revisited/> [9] <https://awblog.at/gemeinnuetziges-wohnen-staerken/> [10] https://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%B6rg_Meuthen [11] https://de.wikipedia.org/wiki/Bj%C3%B6rn_H%C3%B6cke [12] <https://data.oecd.org/chart/6D8s> [13] https://ooe.arbeiterkammer.at/service/broschuerenundratgeber/arbeitsrecht/B_2022_Unsere_Pensionen.pdf [14] <http://www.arbeit-wirtschaft.at> [15] <https://www.awblog.at/> [16] <https://awblog.at/analyse-der-wirtschafts-und-sozialpolitik-der-afd/> [17] <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de> [18] [https://de.wikipedia.org/wiki/David_Stockman_\(Politiker\)](https://de.wikipedia.org/wiki/David_Stockman_(Politiker)) [19] <http://www.pixelio.de> [20] <https://www.flickr.com/photos/27105928@N07/2534005435/> [21] <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/> [22] https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/otto_brenner_stiftung_-_hans-juergen_urban_-_abc_zum_neoliberalismus_-_von_agenda_2010_bis_zumutbarkeit_-_23_seiten.pdf [23] https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/bernhard_walpen_-_die_offenen_feinde_und_ihre_gesellschaft_-_eine_hegemonietheoretische_studie_zur_mont_pelerin_society_8.pdf [24] https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/bernhard_walpen_-_neoliberale_wahrheitspolitik_-_neo-_bzw._rechtsliberale_intellektuellen-_und_think-tank-netzwerke_als_saeulen_einer_hegemonialen_konstellation.pdf [25] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/abgehangte> [26] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/afd> [27] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/afd-fraktion> [28] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/alternative-fur-deutschland> [29] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/ausweitung> [30] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/auslanderfeindlichkeit> [31] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/bjorn-hocke> [32] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/deficit-spending> [33] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/deregulierung> [34] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/dominik-kronberger> [35] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/eigenverantwortung-zur-vorsorge> [36] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/entsolidarisierung> [37] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/fremdenfeindlichkeit> [38] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/fremdenhass> [39] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/hybris> [40] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/interventionistische-wirtschaftspolitik> [41] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/interventionistisch-sozial> [42] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/jorg-meuthen> [43] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/karl-beyer> [44] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/klassizismus> [45] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/marginalisierte> [46] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/marktfuhrungsrolle> [47] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/marktglaube> [48] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/marktliberalismus> [49] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/marktmacht> [50] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/marktmechanismen> [51] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/marktradikalismus> [52] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/marktradikalitat> [53] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/migrationshintergrund> [54] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/mindestlohn> [55] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/minimalrente> [56] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/nationalismus> [57] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/nativismus> [58] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/neoliberale-agenda> [59] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/neoliberale-eigenverantwortung> [60] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/neoliberale-hegemonie> [61] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/neoliberale-prinzipien> [62] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/neoliberales-dogma> [63] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/neoliberales-narrativ> [64] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/neoliberalismus> [65] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/perverse-ideologie> [66] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/private-altersvorsorge> [67] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/privatisierungsdenkweise> [68] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/privatisierungswahn> [69] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/protektionismus> [70] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/protektionistische-massnahmen> [71] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/rechtsextremismus> [72] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/rechtsextremisten> [73] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/resilienz> [74] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/selbstoptimierung> [75] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/selbstverantwortung> [76] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/selbstverantwortungsubernahme> [77] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/sozialabbau> [78] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/sozialdarwinismus> [79] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/sozialchauvinismus> [80] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/sozialchauvinistische-pragung> [81] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/soziale-transferleistungen> [82] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/sozialrassismus> [83] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/sozialstaat> [84] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/sozialstaatabbau> [85] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/sozialstaatsbezug> [86] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/sozialstaatruckbau> [87] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/soziookonomische-narrative> [88] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/stephan-puhringer> [89] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/trickle-down-effekt> [90] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/trickle-down-theorie> [91] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/wahlkampfretorik> [92] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/xenophobie>